IMT Nuremberg Archives

H –3165

International Court of Justice

H3165 – 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 21 July 1948

I certify that Document Number 2961-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-548 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3165 - 0003

# C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 2962-PS No. USA-578 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 1 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

2962-PS

# N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Reichsministeriums / Ministerbesprechung

am 15. März 1933 nachm. 6$^{30}$ Uhr

in der Reichskanzlei.

Vfg.

1. Herrn Staatssekretär geh.vorg.
2. ~~Auszüge absenden.~~
3. den Herren Referenten ergebenst
4. Herrn Min-Amtm.Büsch ergebenst
5. z.d.A.

**Anwesend:** die Herren

| | |
|---|---|
| Reichskanzler | Hitler |
| Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen | von Papen |
| Reichsminister des Auswärtigen | Freiherr von Neurath |
| Reichsminister des Jnnern | Dr.Frick |
| Reichsminister der Finanzen | Graf Schwerin von Krosigk |
| Reichswirtschaftsminister und Reichsmin.f.Ernährung u.Landwirtschaft | Dr.Hugenberg |
| Reichsarbeitsminister | Seldte |
| Für d.Reichsminister der Justiz | Dr.Gürtner; Staatssekretär Dr.Schlegelberger |
| Reichswehrminister | von Blomberg |
| Reichspostminister und Reichsverkehrsminister | Freiherr von Eltz-Rübenach |
| Reichsminister f.Volksaufklärung und Propaganda | Dr.Goebbels |
| Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für Luftfahrt | Göring |
| Reichskommissar Reichsminister a.D. | Dr.Popitz |
| Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung | Dr.Gereke |
| ~~Reichsbankpräsident~~ | ~~Dr.Schacht~~ |
| Staatssekretär in der Reichskanzlei | Dr.Lammers |
| Staatssekretär im Bureau des Reichspräs. | Dr.Meissner |
| Reichspressechef: Staatssekretär | Funk |

Protokollführer: Ministerialrat Wienstein zu Punkt 1 - 3
Oberregierungsrat Killy " " 4 - 7

Ferner:

H3165 – 0004

H3165 – 0005

2962-PS 1.

Beratungsgegenstände:

Rk 2582 II – 1. Politische Lage außerhalb der Tagesordnung.
Rk 2583 II – 2. Mitteilungen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei betreffend die Reichszentrale für Heimatdienst,
Rk 2584 II – 3. Bestrafung und Aburteilung der an der Jnbrandsetzung des Reichstagsgebäudes beteiligten Täter.
Rk 2585 II – 4. Arbeitszeit in der Reichsbahnunterhaltung (Außerhalb der Tagesordnung).
Rk 2586 II – 5. Entwurf einer Notverordnung über die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Rk 2587 II – 6. Finanzpolitische Erörterungen.
Rk 2588 II – 7. Einstellung der Lohnprämie.

.-.-.-.-.-.-.

1. Politische Lage.

Der Reichskanzler eröffnete die Sitzung und führte aus, daß die politische Lage vollständig geklärt sei, nachdem nunmehr auch die Gemeinderatswahlen stattgefunden hätten.

Von entscheidender Bedeutung sei die Bereinigung der Beziehungen des Reichs zu den süddeutschen Ländern, insbesondere

A 193951

H3165 – 0006



2962-PS

besondere das Verhältnisses des Reichs zu Bayern. Der Reichsgedanke habe sich überall als überraschend stark erwiesen. Der Umsturz in Bayern sei vielleicht am gründlichsten. Die weitere innenpolitische Entwicklung werde nach seiner Auffassung ruhig verlaufen. Jn Württemberg sei bereits eine Regierung gebildet worden. Jn Bayern sei es noch notwendig, Aufklärung über gewisse ~~sozialdemokratische~~ separatistische Umtriebe zu schaffen. Deshalb sei es nach seiner Auffassung zweckmäßig, mit der Regierungsbildung in Bayern noch etwas zu warten. Die nationale Revolution sei ohne große Erschütterungen vor sich gegangen.

Es sei nunmehr notwendig, die gesamte Aktivität des Volkes auf das rein politische abzulenken, weil die wirtschaftlichen Entschlüsse noch abgewartet werden müßten.

Die Durchbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit werde nach seiner Auffassung keinerlei Schwierigkeiten begegnen.

Die außenpolitische Situation sei keinesfalls verschlechtert. Er sei fest davon überzeugt, daß das Ausland der jetzigen Reichsregierung ganz anders, nämlich mit mehr Achtung begegnen werde als früheren .

Noch nicht ganz klar sei die Lage in Österreich zu überblicken. Solange das politische Schwergewicht Österreichs in Wien liege, werde Frankreich immer einen starken Einfluß ausüben können.

Der

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 578
Filed Jan 8, 1946

A 093952

H3165 - 0007



Der Reichsminister des Jnnern teilte mit, daß er an der Sitzung des Ältestenrates des Reichstags teilgenommen habe. Die 5 noch vorhandenen Fraktionen des Reichstages seien sämtlich vertreten gewesen, und zwar die Nationalsozialisten durch Reichsminister Göring und ihn, die Sozialdemokraten durch Loebe und Hertz, das Zentrum durch Perlitius und Esser und die Bayerische Volkspartei durch Leicht und Rauch. Auch die Deutschnationalen seien vertreten gewesen. Es habe sogleich Übereinstimmung darüber bestanden, daß ein Alterspräsident nicht notwendig sei und Reichstagspräsident Göring auch die Sitzungen des neuen Reichstags leiten solle.

Er, der Reichsminister des Jnnern, habe darauf hingewiesen, daß der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz mit verfassungsändernder Mehrheit binnen 3 Tagen verabschieden müsse. Das Zentrum habe sich keinesfalls ablehnend geäußert. Der Abgeordnete Esser habe jedoch gebeten, von dem Herrn Reichskanzler empfangen zu werden.

Es entstehe noch die Frage, was mit den unerledigten Gesetzentwürfen geschehen solle, die von der jetzigen Reichsregierung aufrecht erhalten werden sollten und früher bereits dem Reichstag vorgelegen hätten. Nach seiner Auffassung sei es am besten, den Katalog mit Rücksicht auf das Ermächtigungsgesetz nicht dem Reichsrat und dem Reichstag zuzuleiten, sondern den Katalog nachher auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu verabschieden.

Das

H3165 – 0008



2962-PS

Das Ermächtigungsgesetz werde so weit gefaßt werden müssen, daß von jeder Bestimmung der Reichsverfassung abgewichen werden könne. Es müsse zeitlich auf die Dauer von 4 Jahren begrenzt werden. Er, der Reichsminister des Jnnern, denke an folgenden Gesetzestext:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Staat für erforderlich hält. Dabei kann von den Bestimmungen der Reichsverfassung abgewichen werden."

Zu überlegen sei noch, ob ein Zusatz des Jnhalts zweckmäßig sei, wonach die Gültigkeit des Ermächtigungsgesetzes von der jetzigen Zusammensetzung der Reichsregierung abhänge.

Was nun die nach der Reichsverfassung erforderlichen 2/3-Mehrheiten anlange, so müßten insgesamt 432 Abgeordnete für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes anwesend sein, wenn die Kommunisten hinzugerechnet würden und man von der Zahl von 647 gewählten Reichstagsabgeordneten ausgehe. Rechne man jedoch die Zahl der kommunistischen Abgeordneten ab, so komme man auf insgesamt 566 Abgeordnete. Dann brauchten nur 378 Abgeordnete für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes anwesend zu sein. Er halte es für besser, die kommunistischen Mandate nicht zu kassieren. Dagegen sei ein Verbot der K.P.D. zweckmäßig. Die Folge des Verbots werde in der Auflösung der Organisationen bestehen. Eventuell müsse man die Personen, die sich nach wie

vor

A 093954

9-14

H3165 – 0009

2962-PS



vor zum Kommunismus bekennen wollten, in Arbeitslagern unterbringen.

Reichsminister Göring gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Ermächtigungsgesetz mit der erforderlichen 2/3.-Mehrheit angenommen werden würde. Eventuell könne man die Mehrheit dadurch erreichen, daß einige Sozialdemokraten aus dem Saal verwiesen würden. Möglicherweise werde jedoch die Sozialdemokratie bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz sich der Stimme enthalten. Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten werde die Sozialdemokratie bestimmt weiße Zettel abgeben.

Der Reichskanzler bezeichnete es als notwendig, eine Frist zur Ablieferung von Sprengstoffen zu setzen. Im Laufe der letzten Jahre seien rund 3.000 Zentner Sprengstoffe gestohlen, 300 Zentner seien jedoch nur wieder abgeliefert worden.

Die Reichsregierung werde verkünden müssen, daß sie nicht daran denke, den Reichstag zu beseitigen. Er, der Reichskanzler, wolle das in seiner Regierungserklärung betonen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen führte aus, daß es von entscheidender Bedeutung sei, die hinter den Parteien stehenden Massen in den neuen Staat einzuordnen. Von besonderer Bedeutung sei die Frage der Eingliederung des politischen Katholizismus in den neuen Staat. Vielleicht

könne

A 093955

H3165 - 0010



2962-PS

könne man die Parteien von Fall zu Fall über die von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahmen orientieren.

Die Flaggenfrage werde am besten durch ein vom Reichstag zu verabschiedendes Gesetz, nicht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, geregelt werden.

Der Reichsminister des Auswärtigen betonte gleichfalls die Notwendigkeit einer Regelung der Flaggenfrage durch den Reichstag. Er warf im übrigen die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger sei, die internationalen Verträge gleichfalls durch den Reichstag verabschieden zu lassen. Vielleicht könne man sich darauf beschränken, dem Reichstag lediglich einen Katalog der Verträge zur Verabschiedung zuzuleiten.

Der Reichsminister des Jnnern widerriet dringend einem derartigen Vorgehen, weil der Reichstag in eine uferlose Debatte über den Jnhalt der Verträge eintreten werde.

Der Reichsminister des Auswärtigen erklärte, daß er die Bedenken des Reichsministers des Jnnern als berechtigt ansehen müsse.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft warf die Frage auf, ob eine Mitwirkung des Reichspräsidenten bei den Gesetzen vorgesehen sei, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von der Reichsregierung erlassen würden.

Staatssekretär Dr. Meißner erwiderte, daß die Mitwirkung des Herrn Reichspräsidenten nicht erforderlich sei. Der Herr Reichspräsident werde die Mitwirkung auch nicht

A 093956

H3165 – 0011



nicht verlangen. Jmmerhin sei es vielleicht zweckmäßig, bei einigen Gesetzen, die von besonderer Bedeutung seien, auch die Autorität des Herrn Reichspräsidenten einzuschalten.

Jm übrigen wies Staatssekretär Dr. Meißner darauf hin, daß noch gewisse Gefahrenmomente für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichsrat lägen.

Der Reichskanzler erklärte, daß er etwa im Reichsrat vorhandene Schwierigkeiten bestimmt zu überwinden hoffe.

Der Reichsminister der Finanzen führte aus, es sei notwendig, ein besonderes Kreditermächtigungsgesetz im Reichstag einzubringen.

Reichskommissar, Reichsminister a.D. Dr. Popitz schlug vor, dem Ermächtigungsgesetz folgenden Zusatz zu geben:

Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen gelten als Gesetz im Sinne der Reichsverfassung, insbesondere im Sinne der den Haushaltsplan und die Kreditermächtigung betreffenden Paragraphen. Archiv der Gesetzgebung.

Der Reichsminister der Finanzen führte ferner aus, daß es zweckmäßig sein werde, eine besondere Kommission, vielleicht bestehend aus Vertretern des Reichsministeriums des Jnnern, des Reichsfinanzministeriums, des Preußischen Ministeriums des Jnnern und des Preußischen Finanzministeriums zusammenzusetzen, welche einen Katalog der Maßnahmen aufstellen müsse, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zunächst getroffen werden müßten.

Der Reichskanzler erklärte, daß dieser Vorschlag sehr

A 093957

2962-PS

zweckmäßig sei.

2.) Mitteilungen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei betreffend Reichszentrale für Heimatdienst.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei führte aus, daß infolge der Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Reichszentrale für Heimatdienst überflüssig geworden sei. Er verlas den beiliegenden Entwurf eines Erlasses über die Auflösung der Reichszentrale für Heimatdienst. Anl.

Das Kabinett nahm hiervon Kenntnis.

3.) Bestrafung und Aburteilung der an der Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes beteiligten Täter.

Staatssekretär Dr.Schlegelberger wies auf die vom Reichsjustizministerium zu der obenbezeichneten Angelegenheit erstatteten Gutachten hin. Er teilte mit, daß der Untersuchungsrichter,Reichsgerichtsrat Vogt, mit ihm über den Stand der Untersuchung wegen der Brandstiftung im Reichstag gesprochen habe. Nach den bisherigen Ermittelungen bestehe der dringende Verdacht, daß van der Lubbe nicht der alleinige Täter sei. U.a. seien ein Schweizer, ein Bulgare und ein weiterer Holländer verhaftet worden. Reichsgerichtsrat Vogt sei der Aufgabe durchaus gewachsen.

Staatssekretär Dr.Meißner wies darauf hin, daß der Herr Reichspräsident nach wie vor unüberwindliche Bedenken dagegen habe, eine Verordnung zu erlassen, die für die Brandstiftung im Reichstag die Todesstrafe festsetze. Vielleicht könne

A 093958

H3165 - 0012

H3165 - 0013



könne die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine derartige Verordnung erlassen.

Der Reichskanzler erwiderte, daß der Erlaß einer derartigen Verordnung unbedingt geboten sei.

Für die Niederschrift
zu Punkt 1 - 3:
Wienstein 18.3

4. Arbeitszeit in der Reichsbahnunterhaltung. (Außerhalb der Tagesordnung).

Der Reichsarbeitsminister trug vor, daß für die Stammarbeiter der Reichsbahn auch während des Sommers die 48-Stundenwoche, für die neu einzustellenden Zeitarbeiter die 40-Stundenwoche gelten solle.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 578
Filed Jan 8, 1946

5.)

H3165-0013A

2962 -PS

H-3165

Filed Jan. 8 1946
[illegible]
[illegible]

EXHIBIT U.S.A. 578 (2962-PS)

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

# EXHIBIT U.S.A.

578

(2962-PS)

193949

H3165 - 0014

H3165-0015

10 Pages

H3165-0016

309

EXHIBIT U.S.A. 578 (2962-PS)